



Bericht Landes-ASten-Treffen

Nordrhein-Westfalen (LAT NRW)

Datum: 25.03.2020
Beginn: 12.11 Uhr
Ende: 14.04 Uhr
Ort: Microsoft Teams

Anwesende ASten

AStA der Bergischen Universität Wuppertal
AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
AStA der Fachhochschule Aachen
AStA der Technischen Universität Dortmund
AStA der Technischen Hochschule Köln
AStA der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
AStA der Rheinisch-Westfälischen Technischen Aachen
AStA der Ruhr-Universität Bochum
AStA der Hochschule Rhein-Waal (nicht stimmberechtigt)

LAT-Koordination

Katrin Lögering
Jonas Neubürger

Studentischer Wohnraum

Das LAT beschließt einstimmig (mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung) das Positionspapier, dessen Ausformulierung vor allem durch unser HoPo-Referat vorbereitet wurde:

Positionspapier: Studentisches Wohnen (LAT)

Nachverdichtung im Innenbereich

Das Landes-ASten-Treffen NRW sieht ein kommunales Monitoring von innerstädtischen Freiflächen als Potential, um Wohnraum in beliebten und für Studierende geeignete Vierteln zu

schaffen. Hierbei sollen bereits bestehende rechtliche Instrumente genutzt werden, um schließlich eine effiziente Nutzung der urbanen Flächen zu erzielen. Gemischte Wohnraumkonzepte, die die gezielte Förderung sozialen Wohnungsbaus vorsehen, sollen unterstützt werden.

Umnutzung von bestehenden Gebäuden

Bislang werden Gebäude, dessen Nutzung nicht mehr fortgeführt werden kann, zumeist abgerissen und durch teure Neubauten ersetzt. Stattdessen sieht das LAT NRW eine Neunutzung durch eine Kernsanierung als angemessener, da der Ressourcenverbrauch minimiert und das aktuelle Stadtbild gewahrt wird. Auch sollen die Besitzverhältnisse von Gebäuden, die Eigentum von Kommunen, Land oder Bund sind, schneller geändert werden können. Auf diese Weise kann einerseits nachhaltiger agiert werden, was im allgemeinen Interesse aller ist, andererseits kann durch diese Maßnahmen vielleicht auch studentischer Wohnraum günstig erweitert werden.

Zweckentfremdung von Wohnraum beenden

Airbnb als Teil der Sharing Economy bedient sich an bestehenden Ressourcen und vermarktet sie auf einem neuen Markt, der nicht der Öffentlichkeit zum Wohnen zugänglich ist, sondern nur Tourist*Innen Wohnungen als Unterkunft vermietet. Negative Effekte solcher Entwicklungen lassen sich weltweit verstärkt in Großstädten, aber auch in abgeschwächter Form in beliebten Regionen beobachten: Die einkommenschwache Bevölkerung, inklusive der Studierenden, werden aus ihrem Viertel verdrängt. Hier bedienen sich deutsche Kommunen an Zweckentfremdungsverbotssatzungen, die je nach Kommune einen anderen Ausgestaltungsradius haben. Das LAT NRW fordert die Kommunen auf, sich der aktuellen Situation durch illegale Ferienwohnungen bewusst zu werden und dem Bedarf entsprechend zu reagieren. Außerdem sollen Land und Bund entsprechende Richtlinien vorgeben, der den Kommunen einen Spielraum für die jeweilige Situation vor Ort lässt, aber gleichzeitig ein klares Bekenntnis zum Recht auf Wohnraum in der Nähe des Arbeits- oder Studienplatzes ist.

Mehr Geld für Wohnheime

Die Haushaltspläne der Landesregierung NRW sehen seit langem nicht die notwendige Aufstockung finanzieller Mittel für die Studierendenwerke vor, die diese benötigen, um die Studierendenwohnheime aufrechterhalten zu können. In vielen Universitätsstädten ist die Lage inzwischen so prekär, dass Neubauten gar nicht mehr möglich sind. Trotz dieser Einsparungen, die die Erweiterung des Wohnheim-Angebots (bei steigendem Bedarf) verunmöglicht, gibt es einen massiven Sanierungsstau bei den bestehenden Wohnheimplätzen. Diesen Mangel privaten Stellen zu überlassen, deren Angebote oft nur für wohlhabendere Studierende infrage kommen, ist für das LAT NRW keine Option. Für Studierende, die Hartz IV beziehen, kommen sie oft gar nicht infrage. Solidarische Mietpreis-Modelle und eine Subventionierung durch das Land NRW sind finanziell möglich und müssen entsprechend erhalten bleiben.

Anpassung des Stellplatzschlüssel

Das Landes-ASten-Treffen NRW sieht eine Anpassung der deutschen Großstädten an studentische Mobilität als unumgänglich an. Eine autobasierte Infrastruktur stiehlt nicht nur durch die Verkehrsflächen sondern auch durch Stellplatzflächen potentielle Grundstücke zur innerstädtlichen Nachverdichtung. Die Kommunen legen in Stellplatzsatzungen einen Schlüssel fest, nach dem die Anzahl an zu bereitstellenden Stellflächen für PKWen festgelegt wird. Diese Zahlen mögen zwar den aktuellen Bedarf zu decken, jedoch ist in naher Zukunft zu erwarten, dass die Flächen aufgrund einer Verkehrswende obsolet werden.

Stattdessen empfiehlt das Landes-Asten-Treffen NRW, Fahrradstellplätze in den Stellflächen-Schlüssel zu integrieren, da Fahrräder im Gegensatz zum Auto in allen Gesellschaftsschichten genutzt werden und klimaneutral sind. Weiterhin wird empfohlen, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen.

Wohngeldpauschale an reale Verhältnisse anpassen

Zum Beginn des Wintersemesters 2019/2020 fand eine Anpassung des Bafög-Höchstsatzes statt. Auch wurde die Wohngeldpauschale von 250€ auf 325€ angehoben. Zwar ist eine Erhöhung des Bafög-Satzes und der Wohngeldpauschale zu begrüßen, jedoch entsprechen beide Beträge nicht den aktuellen Bedürfnissen von Studierenden. Um einen realistischen Bafög-Satz zu gewährleisten, fordert das LAT NRW den Betrag und dessen Bestandteile dynamisch an steigende Lebensunterhaltungskosten und Mieten sowie in der Digitalisierung stetig wandelnden Bedürfnisse der Studierenden anzupassen.

Intensive staatliche Förderung für alternative Projekte

Neben der eigenständigen Subventionierung sozialer Wohnprojekte sowie der Studierendenwerke, soll das Land stärker Projekte unterstützen, die für Studierende bezahlbaren Wohnraum fördern. In vielen Städten gibt es Projekte, bei denen Wohnraum gegen (Alltags-)Hilfe für ältere Mitmenschen angeboten wird oder die Senkung des Mietpreises an eine Renovation des Mietobjekts gebunden ist. Das Land soll den Kommunen oder den Projekten direkt Mittel zur Verfügung stellen, solche Projekte auszubauen und/ oder stärker zu bewerben.

Mietpreisdeckelung

Nach wie vor stellen zu hohe Mietspiegel in den verschiedenen Städten ein Grundproblem des Wohnungsnotstands dar. Die sogenannte Mietpreisbremse hat diesen Prozess zwar entschleunigt. Zu einer aktiven Bekämpfung des Wohnraumproblems gehört jedoch auch, den Mietspiegel langfristig zu senken. Dies kann nur im Einvernehmen mit den Personen geschehen, die Mietraum anbieten. Im Zuge dessen soll die langfristige Senkung des Mietpreisniveaus mit anschließender Deckelung kommunal erfolgen, aber Richtlinien des Landes folgen.

Neues Hochschulgesetz

Es wird berichtet, dass in Ungarn und Frankreich Anwesenheitspflichten auch digital eingefordert werden. Es herrscht große Einigkeit darüber, dass dies problematisch ist und viele Fragen aufwirft. Vor allem die Chancenungleichheit, diese Anordnung zu erfüllen, wird massiv bemängelt. Die LAT-KO schlägt vor, diese Entwicklung in NRW im Auge zu halten.

Seminare & Akkreditierung

Corona-bedingt musste das Systemakkreditierungsseminar vom 27. – 29.3. in Dortmund abgesagt werden. Ausweichtermine werden derzeit gesucht. Das Programmakkreditierungsseminar in Aachen vom 28.2. – 1.3. konnte noch wie geplant stattfinden. Akkreditierungsseminare dienen der Ermöglichung von Studiengängen an Hochschulen. Diese müssen durch (meist) paritätisch besetzte Gutachter*innen als studierbar befunden werden. Entsprechend haben LAT, Fachschaften und andere hochschulpolitischen Akteur*innen ein hohes Interesse, Studierende durch Akkreditierungsseminare dazu zu befähigen, diese Aufgabe wahrzunehmen. Milan von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen wurde durch das LAT in den studentischen Akkreditierungspool entsandt.

Finanzanträge

Für unsere Teilnahme an der fzs-Mitgliederversammlung, als Entsendung des LAT, musste spontan eine Unterbringung ermöglicht werden, da die Universität kurzfristig ihre vorherige Zusage, in den Räumlichkeiten schlafen zu können, zurückzog. Dies geschah in Form einer Übernachtung in einem IBIS Budget Hotel für 100€. Die Kosten dazu hat das LAT einstimmig übernommen.

Berichte der ASten/ Studierendenschaften

Der AStA der Fachhochschule Dortmund wird zukünftig durch die neue HoPo-Referentin Laura vertreten werden. Es wird eine Kooperation mit Studierendenwerk und KHG im Zuge der Krise angestrebt.

Der AStA der Fachhochschule Aachen hat sich dafür eingesetzt, dass die Hochschule eine Fair-Trade Hochschule wird. Nach einem Zugehen auf die ASEAG stehen dort Neuverhandlungen über das Semesterticket aus.

Der AStA der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen berichtet, dass sämtliche Prüfungen, 800 an der Zahl, abgesagt wurden. In Härtefällen, vor allem aufgrund internationaler Studierender, die Prüfungen absolvieren müssen, werden z.B. mündliche Prüfungen online abgehalten. Eine Planung für die sonstigen Prüfungen ist im Gange. Außerdem wurde ein Hilfsnetzwerk seitens der Studierenden eingerichtet, um Menschen, die zur Risikogruppe für COVID 19 gehören, bei Einkäufen und anderen Besorgungen zu unterstützen. Es wird angestrebt, Kulturveranstaltungen in Online-Formate umzuwandeln, so z.B. durch Streaming. Bei den Semesterticketverhandlungen schließt sich der AStA dem der Fachhochschule Aachen an.

An der Hochschule Rhein-Waal fand ein AStA-Wechsel statt. Eine Task Force unter Einbindung aller Statusgruppen (Professoren_Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, Studierende) wurde gebildet, um auf Corona möglichst schnell reagieren zu können. Auch hier wurden Nachbarschaftshilfen gegründet und unterstützt. Das StuPa hat die Sozialordnung gelockert, um unkomplizierte Härtefälle finanziell zu unterstützen. Wichtige Informationen vom Robert-Koch-Institut wurden geteilt und Fragen der Studierenden digital beantwortet.

Der AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf arbeitet eng mit dem Rektorat zusammen, um auf die Krise zu reagieren. Eine Task Force zur Ermöglichung der Lehre im kommenden Semester wurde gebildet. Es können keine Studierendenparlamentssitzungen stattfinden.

Der AStA der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn unternimmt Beratungen per Mail und Telefon. Das festival contre le racisme musste leider abgesagt werden.

Der AStA der Ruhr-Universität Bochum hat einen neuen AStA gewählt. Durch eine Erlaubnis des Kanzlers durfte das Studierendenparlament am 17.3. zusammentreten, da sonst Neuwahlen hätten stattfinden müssen.

An der Technischen Hochschule Köln hat sich auch ein neuer AStA gebildet. Dieser arbeitet mit Minimalbesetzung und führt Telefonberatungen durch. Es werden Notfall-Kredite für durch Corona in Not geratene Studierende besprochen, allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Mittel der Studierendenschaften den Bedarf nicht abdecken können. Es kann womöglich in den dringendsten Fällen eine Soforthilfe geschehen, die aber auch nur zur streckenweisen Überbrückung dienen kann.

Der AStA der Fernuniversität Hagen reicht den Bericht ein, dass alle Klausuren abgesagt wurden ab einem Stichtag. Es besteht große Sorge um das kommende Semester und wie alles weiter gehen soll. Es gibt Forderungen, dass angemeldete Klausuren automatisch unbenotet als bestanden gewertet werden sollen, damit die Leistungen aus dem Winter-Semester nicht verloren gehen.

Wir berichten wie auch alle Studierendenschaften zuvor, dass im AStA der Bergischen Universität Wuppertal auf digitale Mittel, vor allem zur internen Kommunikation zurückgegriffen werden wird. Außerdem teilen wir mit, dass wir planen, falls möglich, unsere hochschulpolitischen Angebote in digitaler Form umzusetzen, zum Beispiel in Form von Podcasts.

Bericht der LAT-Koordination (Corona-Krise)

Es wurde auf das Bündnis „Soforthilfe für Studierende jetzt“ hingewiesen, welches in Kooperation mit anderen Landesstudierendenvertretungen, ASten, hochschulpolitischen Listen, Jugendorganisationen der Parteien, Studierendenräten, autonomen Referaten, Verbandsstrukturen einzelner Parteien und dem fzs sehr schnell ins Leben gerufen wurde. Dessen Petition für 3.000€ Soforthilfe, mit dem in Not geratene Studierenden die nächsten 3 Monate überstehen können sollen, wird besonders hervorgehoben. Sie zu verbreiten, müsse für alle Studierendenschaften jetzt eine hohe Priorität haben. Hier der Link zur Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/soforthilfe-fuer-studierende-jetzt>.

Vorgelegt durch: Benjamin Fachinger (Beauftragter für Universität und Soziales)